



II-2915 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5.906/11-I/1-1973

1359 / A.B.
zu 1362 / J.
22. Aug. 1973
Präs. am.....

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen, Nr. 1362/J-NR/1973 vom 4. Juli 1973: "Anfragebeantwortung Nr. 1146/AB zur schriftlichen Anfrage Nr. 1124/J".

Ihre Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Heizungsanlagen sämtlicher, der Post- und Telegraphendirektion in Innsbruck unterstehenden Dienststellen werden in den Sommermonaten überprüft, um die Anlagen für die Heizperiode in einen ordnungsgemäßen und funktionstüchtigen Zustand zu versetzen. Dies schließt allerdings nicht aus, daß auch während der Heizperiode Gebrechen auftreten können.

Auch die Heizung des Postamtes Landeck wurde in diesem Sinne überprüft. Was den Heizungskessel im besonderen anlangt, sind noch alle Ersatzteile für die bestehende Kesselanlage jederzeit erhältlich, so daß bei Auftreten eines Gebrechens schnell die notwendige Instandsetzung durchgeführt werden kann.

Zu Frage 2:

Die Erneuerung der Heizungsanlage des Postamtes Landeck ist vorgesehen. Die Kosten hierfür werden - gerechnet nach heutigen Preisen einschließlich der erforderlichen Baumeister- und Handwerkerarbeiten, rund S 600.000,-- betragen. Die Erneuerung der Heizungsanlage soll vor oder spätestens gleichzeitig mit den geplanten Umbau- und Adaptierungsarbeiten erfolgen, um einerseits den Postbetrieb nicht unnötig zu stören und andererseits auch die Kosten möglichst niedrig zu halten.

- 2 -

Zu Frage 3:

Eine der Voraussetzungen für die Errichtung eines neuen Umleite- und Zustellpostamtsgebäudes in Landeck ist das Vorhandensein eines geeigneten Baugrundes. Das von Ihnen in der Anfrage erwähnte Bahngrundstück beim Bahnhof Landeck ist aus betrieblichen Gründen für die Zwecke eines Umleite- und Zustellpostamtes nur bedingt geeignet. Dies deshalb, da das Grundstück einerseits schmal ist und andererseits infolge der Lage an der B 171 (Tiroler Straße) mit Rücksicht auf den starken Verkehr, den diese Straße aufnehmen muß, Einschränkungen in der Gestaltung und der Bauführung des Betriebsgebäudes zu erwarten sind. Das Einverständnis der Österreichischen Bundesbahnen vorausgesetzt, könnte dieses Grundstück erst dann für den Neubau des Umleite- und Zustellpostamtes in Erwägung gezogen werden, wenn nach dem eventuellen Bau einer Ortsumfahrung der Teil der jetzigen Bundesstraße, an welchem das Grundstück liegt, nur mehr dem örtlichen Verkehr dienen würde.

Zu Frage 4:

Die Bereitstellung der Mittel für die in meiner Anfragebeantwortung vom 15. Mai 1973 angekündigten Umbau- und Adaptierungsarbeiten nach Freiwerden des ersten Stockes bzw. für die Erneuerung der Heizungsanlage hängt von der Budgetsituation in den nächsten Jahren ab. Hiezu bitte ich Sie zu bedenken, daß die Durchführung der Olympiade Umschichtungen in der gesamten Finanzplanung der Post- und Telegraphenverwaltung notwendig macht. Darüber hinaus haben die Spiele naturgemäß auch Auswirkungen

- 3 -

auf die Prioritätenliste aller Vorhaben der Post- und Telegraphenverwaltung. In Anbetracht der Bedeutung Landecks als Fremdenverkehrs- bzw. örtliches Wirtschaftszentrum ist die Post- und Telegraphendirektion in Innsbruck jedoch bemüht, die obenangeführten Arbeiten nach Möglichkeit nicht durch die vorerwähnten Umschichtungen beeinträchtigen zu lassen.

Zu Frage 5:

Eine Verbesserung der Zufahrt zum bestehenden Postamtsgebäude, das nur durch einen schmalen Gehsteig von der Bundesstraße getrennt ist, erscheint zurzeit kaum möglich, weil der unverbaute Grund um das Postamtsgebäude zum Hotel "Post" gehört und von diesem selbst dringend zum Parken der Gästefahrzeuge benötigt wird. Aus diesem Grunde ist auch zurzeit weder ein entsprechender Grunderwerb noch die Überlassung benachbarter Grundflächen zur Verbesserung der Zufahrt beziehungsweise zum Parken möglich.

Wien, 1973 08 17

Der Bundesminister:



Wilfried